

## 18.03.2019 - Pressemitteilung des Aktionsbündnis Niederrheinappell 2019

Große Teile der niederrheinischen Bevölkerung lehnen einen weiteren Raubbau aufgrund des immer größer werdenden Flächenverbrauchs der Niederrheinischen Landschaft durch die zahlreichen Kiesabgrabungen ab. Entlang des unteren Niederrheins werden immer mehr Verbände und Bürger aktiv und es werden parteiübergreifend Initiativen gegründet, die den Kiesabbau in der bisherigen Form nicht mehr dulden werden.

Am Sonntag fand ein kreisübergreifendes, erstes Treffen statt, bei dem zahlreiche IGs, Bürgerinitiativen, der NABU NRW und engagierte Bürger beschlossen, sich mit einem gemeinsamen Schreiben für den Erhalt des Niederrheins an die Landesregierung und Landtagsabgeordneten, sowie weitere Behörden zu wenden. Ferner sollen in den kommenden Wochen Bürger, Vereine, Behörden, Unternehmen, Politiker und Verbände aufgefordert werden, sich dem Niederrheinappell 2019 anzuschließen, um Verantwortung gegenüber ihrer Heimat, den dort lebenden Menschen und unserer Natur zu übernehmen. Auf diesem Wege und mit vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen will sich das Aktionsbündnis für einen nachhaltigen Umgang mit den Kies- und Sandreserven am Niederrhein einsetzen und Bürger auf die bevorstehenden Änderungen und dadurch bedingten Folgen des Landesentwicklungsplanes aufmerksam machen. Durch diese sollen zukünftig z.B. die Planungsämter so viele Flächen für den Abbau von Kies und Sand in ihren Plänen ausweisen, dass diese nunmehr für eine Versorgung von 25 anstelle wie bisher 20 Jahren reichen sollen. Das bedeutet aber auch, dass 25% mehr Flächen als bisher dargestellt werden müssen. Die Grundlage für eine solche Verlängerung ist völlig unklar.

Auch soll es den Kiesunternehmen zukünftig ermöglicht werden, statt wie bisher, auch außerhalb sogenannter Konzentrationszonen Anträge zu stellen, wobei die Genehmigungsverfahren auch noch erleichtert werden sollen. Auch Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und Trinkwasserreservegebiete sollen dann kein Hindernis mehr sein.

„Hinsichtlich solcher Änderungen, sowie dem Umstand, dass große Mengen des Sand und Kiesabbaus des Unteren Niederrheins dem lukrativen Exportgeschäft dienen, der Rohstoffmarkt benachbarter Länder mit Kies und Sand aus „niederrheinischem Abbau“ beworben wird, muss ganz dringend ein Umdenken stattfinden.“, so Melanie Gronau von EDEN e.V.

„Es kann doch nicht sein, dass in Zeiten steigender Konjunktur unserer Baustoffbranche der Niederrhein noch weiter und schneller zerstört wird und noch viel mehr Flächen ausgebaggert werden sollen, während die Kiesfirmen Unmengen dieses Rohstoffes profitabel außer Landes schaffen. Hinzu kommt, dass die Kiesunternehmen quasi selber die Menge an Flächen steuern können, die Ihnen zum Ausbaggern zugestanden werden,“ ergänzt Denise Cleve, Pressesprecherin der BI Kiesgegner Alpen/ Millingen.

In einem Schriftstück namens ‚Niederrheinappell 2019‘ wurden zahlreiche Forderungen zusammengefasst, die sich insbesondere an den Landtag und die Landesregierung NRW richten.

„Um den Niederrhein für uns, unsere Kinder und folgende Generationen zu erhalten, fordern wir die Bürger, Verbände, Unternehmen und Politiker auf, uns mit Ihrer Unterschrift des „Niederrheinappells 2019“ zu unterstützen und sich uns anzuschließen! Auf der Seite [www.niederrheinappell.de](http://www.niederrheinappell.de) erhalten Bürger die Möglichkeit online Ihre Unterschrift abzugeben. Auch wenn Sie schon einen Einwand oder eine Unterschrift gegen weitere Auskiesungen geleistet haben, ist Ihre Stimme für den Niederrheinappell 2019 zusätzlich unbedingt notwendig“, so Simone Spiegels von IG Dachbruch  
Kontakt an [info@niederrheinappell.de](mailto:info@niederrheinappell.de)